

«Unser Wohlfahrtsstaat ist kaputt»

St. Gallen Symposium: Wie die Polykrise das Wohlergehen künftiger Generationen gefährdet und mögliche Auswege.

Thomas Griesser Kym

Krisen häufen sich, manche überfallen die Menschheit ohne Vorwarnung wie Covid, und sie überlappen sich zeitlich. Oft ist die Rede davon, die Welt befände sich in einem Zustand der Polykrise, dass es also an allen Ecken und Enden brennt und das permanent. Dadurch droht, so jedenfalls die Ankündigung für das Eröffnungspanel am 52. St. Gallen Symposium, der Blick auf längerfristige Entwicklungen verloren zu gehen. Und damit die Frage, wie heutige Entscheidungen die Welt von morgen beeinflussen und somit das Leben künftiger Generationen.

Dieses Thema nahm sich auf dem Podium unter der Moderation der Harvard-Politologin Cathryn Clüver Ashbrook von der Bertelsmann-Stiftung unter anderem Sophie Howe an, die von 2016 bis Januar 2023 als allererste «Kommissarin für künftige Generationen für Wales» amtierte.

Feuchtgebiete schützen statt Autobahn bauen

In Howes Amtszeit fiel das 2015 verabschiedete walisische «Gesetz über das Wohlbefinden künftiger Generationen», und zwar ökologischer, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Natur. Das Gesetz, das seit 2016 in Kraft ist, verpflichtet alle öffentlichen Institutionen, in ihren Entscheidungen auch deren Folgen für die Zukunft zu berücksichtigen und zu bewerten.

Der «erste grosse Moment» kam laut Howe, als die Regierung im Rahmen des Gesetzes den geplanten Bau eines gut 20 Kilometer langen Autobahnabschnitts fallen liess, der durch Feuchtgebiete geführt und die gesamte walisische Schuldenaufnahmekapazität absorbiert hätte.

Generell sagt Howe: «Praktisch alle Probleme sind langfristiger Natur, und meistens sind



«Praktisch alle Probleme sind langfristiger Natur»: Sophie Howe, frühere «Kommissarin für künftige Generationen für Wales», am St. Gallen Symposium. Bild: Ralph Ribi

sie auf Staatsversagen zurückzuführen.» Früher habe es viele Leute gegeben, die einfach den Status quo bewahren wollten, sagt Howe. Das Gesetz zwingt die Politiker, über die Legislaturperiode und das Schielen auf ihre Wiederwahlchancen hinauszudenken.

Armut ist auch schlecht für die Gesundheit

Als eines der grössten Probleme nennt Howe den Teufelskreis aus Armut und Gesundheitsproblemen, wie sie auch aus vielen Gesprächen mit Menschen wisse. «Armut führt zu gesundheitlichen, auch mentalen Problemen», sagt Howe und betont: «Unser Wohlfahrtsstaat ist kaputt.» 2022 hat sie darum ihren Bericht «Ein universelles Grundeinkommen für Wales» vorgelegt. Darin ruft sie die Regierung auf, «eine lebensrettende, bedingungslose Zahlung an alle Menschen in Wales einzuführen», um die Armutsquote zu halbieren und dem Gesundheitssystem «langfristige Milliarden

von Pfund zu sparen». Ein Pilotprojekt ist gestartet.

Weitere Fortschritte hat Wales laut Howe in der Raumplanung, mit einer Bildungsreform, der Förderung des öffentlichen Verkehrs oder im Kampf gegen den Klimawandel verbucht. Aber sie weiss natürlich, dass das kleine Land mit seinen drei Millionen Einwohnern und als Teil Grossbritanniens nicht mal eigenständiges UNO-Mitglied nicht im Alleingang die Welt retten kann.

Howe sieht Wales aber als Vorbild für andere Länder. Und Schottland hat sich zu einer eigenen Version des Kommissars für künftige Generationen verpflichtet. Schwieriger, das räumt Howe ein, gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der britischen Regierung.

Abgeordnete hören Sorgen der Bürgerinnen an

In einer etwas anderen Situation als Wales befindet sich Singapur: Ein Stadtstaat in Südostasien mit 5,5 Millionen Einwohnern auf

einer Fläche von 729 Quadratkilometern, was weniger ist als der Thurgau hat (992 Quadratkilometer), und gelegen in einer geopolitisch fragilen Region, in der China die Muskeln spielen lässt.

«Unsere Stadt ist der Staat», sagt Desmond Lee, Minister für nationale Entwicklung und Soziales, «wir haben keine Alternative». Damit spielt Lee auf den Umstand an, dass Singapur nur über sehr limitierte Landreserven verfügt. Allein schon deshalb seien bei politischen Entscheidungen deren langfristige Auswirkungen zu berücksichtigen. «Wir planen jeweils 50 Jahre voraus», sagt Lee.

Als Beispiel nennt er die Bekämpfung der Covid-Krise mit all ihren schädlichen Folgen für Gesundheit, Arbeit, Lieferketten, Wirtschaft usw. Kurzfristig sei es darum gegangen, Masken und Impfstoffe zu beschaffen. Längerfristig habe man angesichts der Lahmlegung von Häfen oder Airports daran gearbeitet, die Lieferketten zu stärken, etwa mithilfe der Digitalisie-

rung. Singapur habe die Covid-Krise auch dank vieler öffentlich-privater Partnerschaften bewältigt, sagt Lee. Neben der Zusammenarbeit weiss er um die Wichtigkeit des Vertrauens. «Dieses ist schwierig zu verdienen, aber leicht zu verlieren», sagt Lee.

Zwecks Vertrauensbildung und Bürgernähe kennt Singapur die «Meet-the people Sessions» – regelmässige lokale Einzelgespräche, in denen die Wählerinnen und Wählern ihren Parlamentsabgeordneten schildern, wo sie der Schuh drückt. Die Abgeordneten schreiben dann Briefe an die Behörden und bringen im Namen der Wählerschaft deren Anliegen zur Sprache.

«Leben ohne Illusionen»

Dass Zusammenarbeit und Vertrauen wichtig sind, weiss auch Toby Thorpe. Der 21-jährige Gemeindepolitiker und Klimaschützer hat massgeblichen Anteil daran, dass seine Heimat, die australische Insel Tasmanien, inzwischen als Vorreiter gilt bei erneuerbaren Energien.

Thorpe, der beispielsweise die Entwicklung von Lernprogrammen zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten unterstützt, weiss aber auch: «In grösseren Ländern kann man die Lösung von Problemen eher auf die lange Bank schieben.»

Und wie stehen denn nun die Chancen zur Krisenbewältigung? Brian Griffiths of Fforestfach, Co-Chairman des St. Gallen Symposiums, mit 81 Jahren eloquent und humorvoll wie eh und je, formulierte es in seiner Eröffnungsrede so: «Wir müssen leben ohne Illusionen, ohne desillusioniert zu werden.» Mit anderen Worten: «Wir müssen Realisten sein.» Und: «Ein Wandel ist möglich. Wenn ich nur schon sehe, wie sich die Rolle der Frauen entwickelt hat.»

Machen Frauen die bessere Politik?

Jürg Ackermann

Annalena Baerbock verkündete im März einen Kurswechsel. Die deutsche Aussenpolitik wird neu auch nach feministischen Leitlinien ausgerichtet. Das heisst: mehr Frauen auf Botschaften, mehr Entwicklungsgelder für gendersensible Anliegen, mehr Frauen am Tisch, wenn Abkommen zwischen Konfliktparteien geschlossen werden.

Dabei geht es auch um Details mit Symbolwirkung. So lehnt Baerbock Blumensträuße bei Staatsempfängen ab. Sie wolle nicht wie «geschmückt» dastehen, heisst es. Zudem weigerte sie sich, mit dem russischem Aussenminister Sergej Lawrow Wodka zu trinken, um mit einem Männerritual Widerstandskraft zu beweisen. Sie habe genug Härte gezeigt, als sie zwei Kinder geboren habe, sagte Baerbock.

Von Kanada über Spanien bis Luxemburg: Mittlerweile gibt es weltweit rund 30 Länder, die sich die «feministische Aussenpolitik» auf die Fahne geschrieben haben. Doch was bringt sie? Eine Expertinnenrunde diskutierte gestern mit HSG-Professor James Davis am Symposium.

Feministinnen wollen eine Demilitarisierung

Dabei war auch Kristina Lunz. Die deutsche Wissenschaftlerin und Aktivistin hat ein Standardwerk zum Thema geschrieben, von dem sich Baerbock wesentlich leiten liess. Lunz sagt: «Studien kommen zum Schluss, dass es bessere politische Lösungen gibt, wenn sie von Gruppen erarbeitet werden, in denen Frauen und Männer gleichberechtigt vertreten sind.» Eine feministische Aussenpolitik sei der Schlüssel zu einer friedlicheren Welt. Es gehe auch darum, patriarchale Machtstrukturen zu zerschlagen und eine Demilitarisierung anzustreben.

Das liess insbesondere Lisa Yasko aufhorchen. Die ukrainische Parlamentarierin war aus Kiew angereist. «Die ukrainischen Frauen tragen vieles auf ihren Schultern. Sie kämpfen an der Front, sie pflegen ihre kriegsversehrten Männer, sie arbeiten, sie schauen zu ihren Kindern oder Eltern», sagte sie.

Worauf Lunz ihre Aussage relativierte: Kurzfristig brauche es gegen einen Aggressor wie Putin Waffen, längerfristig aber vor allem mehr Geld für Friedensmissionen. Eine These, die Bineta Diop unterschreibt. Die Senegalesin setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte der Frauen in Afrika ein. Gerade bei der Lösung von Konflikten spielten sie oft eine entscheidende Rolle. «Wenn Frauen mit am Tisch sitzen, sind Friedensschlüsse nachhaltiger», hat Diop beobachtet.

Kritiker dagegen sagen, wenn Frauen an der Macht seien, würden sie ähnlich handeln wie Männer. Als Beispiele dienen Margaret Thatcher, die 1982 als britische Premierministerin Krieg gegen Argentinien führte, das die Falkland-Inseln erobern wollte. Oder Indira Gandhi, unter deren Regentschaft Indien in den 1970er-Jahren zur militärischen Atommacht wurde.

Gute Geschäfte mit der Zukunft des Planeten

Stromkonzerne sehen in der Energiewende ein Geschäft. Eine Aktivistin mahnt, erst an die Menschen zu denken.

KasparENZ

Wie wichtig Energie für das Funktionieren der modernen Welt ist, wurde im Verlauf des vergangenen Jahres wohl so klar wie nie. «Jedes Unternehmen muss heute ein Energieunternehmen sein», sagte deshalb Marco Alverà auf dem Podium zu Geopolitik und Energiewende am St. Gallen Symposium. Der Italiener ist CEO der TES-H2, eines Unternehmens, das die Wirtschaft mit grünem Wasserstoff versorgen will.

Die Technologie bekommt derzeit viel Aufmerksamkeit. Aus einem tragischen Grund. Die russische Invasion in die Ukraine hat gerade den europäischen Energiemarkt durcheinandergebracht, wo man lange auf russisches Öl und Gas ver-

traute. Hierzulande hat das zu einem Boom bei Solaranlagen geführt. Trotzdem sind sich die Vertreter der Energiebranche nicht sicher, ob der Krieg die Energiewende wirklich beschleunigt. Kurzfristig sei er sicher schlecht, sagt Alverà. «Kohle hat wieder zugelegt», sagt er. Langfristig ist er aber optimistischer. Denn im Vergleich seien erneuerbare Energien wirtschaftlicher geworden.

Die Ukraine angeschlossen

Doch Leonhard Birnbaum, CEO des deutschen Energieinfrastruktur-Riesen E.ON, ist auch für die längere Frist pessimistischer. «Wegen der gestiegenen Preise fehlt den Leuten das Geld für Investitionen in die Energiewende», fürchtet er. Doch auch

er sieht Lichtblicke. So habe man die Anstrengungen beschleunigt, die Ukraine ans europäische Netz zu koppeln. Das sei die Voraussetzung dafür, dass die Energiewende auch in der Ukraine Einzug halten kann.

Denn für beide ist klar: «Die Energiewende wird kommen, denn sie ist ein gutes Geschäft», wie es Alverà formulierte. «Es könnte aber zehn Jahre zu lange gehen.» Deshalb setze er darauf, die Solaranlagen im grossen Stil dort zu bauen, wo die Sonne scheint. In Afrika zum Beispiel – um daraus günstigen, grünen Wasserstoff zu produzieren und nach Europa zu pumpen.

Gegen grünen Kolonialismus

Einer der Momente, in denen Vanessa Nakate, die ugandische

Klimaaktivistin, als Spielverderberin auftrat. «Grüner Kolonialismus darf nicht die Lösung sein», sagte sie. «Südlich der Sahara haben 600 Millionen Menschen gar keinen Strom.» Meist dieselben Menschen, die direkt unter dem Raubbau an natürlichen Ressourcen litten – ob es sich dabei um Öl oder um Roh-



Klimaaktivistin Vanessa Nakate am Symposium. Bild: Ralph Ribi

stoffe für Solaranlagen handle. Sie seien es auch, «die den Klimawandel schon heute an vorderster Front miterleben», weil das Land sie nicht mehr ernähren kann. Bei der Energiewende gehe es nicht ums Geschäft, sondern um den Planeten und die Menschen, die auf ihm leben. «Denn auf einem toten Planeten kann man keine Geschäfte machen.» Immer wieder erntete sie Applaus.

Nur, die Welt retten ist gar nicht so einfach, sagte Birnbaum. Um die Energiewende zu schaffen, müsste die Netzinfrastruktur ausgebaut werden – massiv. Doch dafür seien zu viele Bewilligungen zu holen, zu viel Einsprachen zu behandeln. «Wir müssen die Welt retten, aber ich kann nicht mal das Stromnetz in Bayern ausbauen.»